

## **Bildungsgerechtigkeit: ein erfüllbarer Anspruch?**

Workshop der ARGE Bildung und Ausbildung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft  
1. und 2. Juni 2015 in der Diplomatischen Akademie

### Programm

Einleitung und Abschluss:

Univ. Prof. DDr. Christiane Spiel, Universität Wien

Grußworte:

Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Vorträge:

Dr. Johannes Giesinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Zürich:

Bildungsgerechtigkeit: Begrifflichkeiten, Konzepte, Geschichte

Univ. Prof. Dr. Marius Busemeyer, Universität Konstanz:

Internationale Befunde zur Bildungsgerechtigkeit

Michael Bruneforth, MA, BIFIE Salzburg:

Befunde zur Bildungsgerechtigkeit aus Österreich

Univ. Prof. Dr. Petra Stanat, Humboldt-Universität Berlin:

Möglichkeiten und Grenzen von Bildungsmonitoring

Univ. Prof. Dr. Jürgen Maes, Universität der Bundeswehr München:

Empfundene Bildungs(un)gerechtigkeit

Univ. Prof. Dr. Johann Bacher, Universität Linz:

Gerechte Finanzierung des öffentlichen Schulwesens? Ein Konzept für Österreich

Impulsstatement zur Podiumsdiskussion

Univ. Prof. Dr. Karl Weber, Universität Innsbruck:

Bildungsgerechtigkeit aus rechtlicher Sicht

Podiumsdiskussion mit allen Vortragenden

Kann es Bildungsgerechtigkeit in einer ungerechten Welt geben?

Moderationen:

DDr. Ulrike Greiner, Universität Salzburg; Univ. Prof. Dr. Konrad Krainer, Universität Klagenfurt;

Dr. Lorenz Lassnig, Institut für Höhere Studien; Univ. Prof. Dr. Barbara Schober, Universität Wien

Auf jeden Vortrag folgte eine etwa halbstündige Diskussions- und Fragerunde für das Publikum, den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion, in die auch das Publikum einbezogen wurde.

Unterrichtsministerin **Heinisch-Hosek** sagte in ihren Begrüßungsworten, dass sich Österreichs Schulwesen zu sehr auf die Unterstützung der Familie verlasse, dass die Frühkindpädagogik ausgebaut werden müsse, da bei uns ein Kindergartenplatz für unter Dreijährige noch die Ausnahme sei und dass die staatlichen Institutionen das ersetzen müssten, was durch die Familien nicht geleistet werde.

### **Zusammenfassung der Podiumsdiskussion:**

**Giesinger** fragt, ob man das Recht auf Bildung als einen naturrechtlichen Anspruch sehen kann, meint aber, dass dies schwer zu präzisieren sei. Die Situation in den Familien ist ungleich, soll ein Bildungssystem alles ausgleichen können? Das kann zu anderen Ungleichheiten führen.

**Busemeyer** meint man müsse aufgrund der ökonomischen Veränderungen schauen, welche Bildung man heute brauche. Der soziale Aspekt sei sehr wichtig. Bildung müsse den Menschen in allen Bereichen erfassen, sie dürfe weder auf employability verkürzt, noch als Selbstzweck gesehen werden.

**Stanat** sieht die Gerechtigkeit als Prozess, was in der Schule als ungerecht wahrgenommen werde, sehe am Arbeitsplatz oft ganz anderes aus. Wichtig sei, was eine Gesellschaft akzeptiere und dass die Prozesse evaluiert werden.

**Bruneforth** sieht in der guten Unterrichtsqualität einen wesentlichen Faktor um Ungerechtigkeiten zu begegnen. Ungerechtigkeiten verursachen später hohe Kosten im Sozialsystem, aber man solle Gerechtigkeit nicht nur als Kompensation sehen.

Für **Bacher** haben Schulen viel Eigenkapazität und können auch in einer ungerechten Welt zu Gerechtigkeit beitragen.

**Maes** sieht in Bildung ein positives Ziel für Individuum und Gemeinschaft, fragt sich aber, ob alle vom Gleichen sprechen, wenn sie von Bildungsgerechtigkeit reden.

**Weber** erläutert, dass das Recht auf Bildung ein subjektives nicht einklagbares Recht ist. Aus Artikel 14 Abs. 5a Bundesverfassung können auch keine Handlungspflichten abgeleitet werden.

**Spiel** beklagt, dass es der Politik nicht gelinge Unterschiede auszugleichen, da sie bei ihrem Vorgehen sich von der Ideologie bestimmen lasse und nicht auf empirische Befunde schaue. Die NMS sei ein deutliches Beispiel. Es wurde viel versprochen, was nicht gehalten werden konnte.

**Busemeyer** verweist auf die öffentliche Meinung. In der Theorie wollen die Menschen viel, bei der Umsetzung oder Selbstbeteiligung ziehen sie zurück.

**Bruneforth** versteht nicht, warum sich die Eltern alles gefallen lassen. Aber laut Auskunft von AHS-Lehrer/innen seien die Eltern nur daran interessiert, dass ihre Kinder die Matura schaffen und nicht, dass sie wirklich etwas lernen.

Man wird überdenken müssen, was Schüler/innen wirklich können sollen, meint Univ. Prof. **Roland Fischer**.

Für **Lassnig** ist es falsch Bildungsgerechtigkeit zu stark unter den sozialpolitischen Aspekt zu stellen, denn „education is special“. Man könne aber die Ideologie nicht durch Evidenz bekämpfen.

**Bacher** meint, die Politik solle die Ziele formulieren, die autonome Schule setze sie dann um.

**Stanat** ist skeptisch was die Autonomie betrifft. In Berlin ist die autonome Durchführung der kompensatorischen Sprachförderung gescheitert.

**Bruneforth** ergänzt, dass mehr Autonomie auch mehr Ungleichheit bringe. **Heidi Schrodt**, ehemalige AHS Direktorin, meint, dass bezüglich Autonomie zwar ein politischer Konsens herrsche, die Schulen damit aber ohne gründliche Vorbereitung total überfordert wären.

**Christa Köhne**, ehemalige AHS Direktorin, meint, dass die Lehrer/innen glauben dann gerecht zu sein, wenn sie alle Schüler/innen gleich behandeln.

Auf die Frage, wer die Bildungsziele vorgeben solle, wehren die Wissenschaftler/innen ab. Sie könnten nur Vorschläge machen, umgesetzt müssten diese von der Politik werden. Andere sehen die Politik als gefährliche Drohung. **Stanat** meint, die Politik halte sich oft ohnedies nicht an die Vorschläge und halte an Dingen fest, die längst widerlegt seien, z. B. dass die Senkung der Klassenschülerzahlen allein etwas bringe.

**Bruneforth** hofft, dass in zehn Jahren ein Bildungsminimum für alle definiert und erreicht sein werde, dem schließt sich **Stanat** an, meint aber, dass dies das Problem der Gerechtigkeit nicht lösen werde. **Busemeyer** bekräftigt, dass Bildungspolitik nicht Sozialpolitik sei. **Weber** erhofft sich, dass in Zukunft die Gerechtigkeit die Chancengleichheit ablösen wird.

**Spiel** schließt mit der Forderung, dass die Autonomie gut formuliert und der richtige Implementationsmodus gefunden werden müsse.

### **Interessante Statements und Fragen aus den anderen Diskussionen:**

- Alle Schüler/innen sollten basale Kompetenzen erwerben, aber um am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen zu können, reicht das nicht aus.
- Bildung kann nicht auf schulische Bildung reduziert werden
- Die Einstellung der Menschen mit höherer Bildung ist verantwortlich dafür, dass auch die anderen profitieren
- Ist es nicht eine Überforderung zu verlangen, dass alle Talente maximal gefördert werden?
- Was soll man mit jenen 20 % tun, die nicht lesen und schreiben können? Langfristig gesehen, ist ihnen der Zugang zu guten Ärzten verwehrt
- Die politische Diskussion fokussiert derzeit zu stark auf die 10 bis 14 Jährigen, Bildung brauchen alle
- Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem Loben des Dualen Systems und dem gewünschten (?) Zustrom in die höheren Schulen; Meister müssen ihre Ausbildung selbst bezahlen, Studierende bekommen sie kostenlos
- Wäre es sinnvoll auch im beruflichen Bereich Titel zu vergeben?
- In Österreich verstärkt sich Bildungsungleichheit in der Schule
- Es ist nicht bekannt, wie der Unterricht in Österreich abläuft, es gibt dazu keine Studien
- Es ist schwierig durch Studien die Unterrichtsqualität festzustellen
- Die Insider im Schulbereich nehmen eine Überfülle an Reformen wahr, das steht in krassem Gegensatz zum Reformstau über den in den Medien berichtet wird
- Die gemeinsame Lehrer/innenausbildung ist positiv, wird aber erst in 40 Jahren voll wirksam sein
- Derzeit können keine Aussagen gemacht werden, ob die Ergebnisse bei den Ganztagschulen besser sind als bei den halbtägig geführten Schulen
- Die Ausbildung der Schulleiter/innen müsste verbessert werden, „equity“ ist dort (noch) kein Thema
- Die Familienstruktur der Migrant/innen wird derzeit noch nicht in Untersuchungen einbezogen
- Die AHS Schüler/innen in Österreich bekommen nicht so eine gute Unterrichtsqualität wie die Schüler/innen der Gymnasien in Deutschland oder den Niederlanden
- Man sollte auch einmal die PISA Fragen inhaltlich auf den Prüfstand stellen
- Es gibt in Österreich keine Zahlen über den fachfremdem Unterricht wie er in den Neuen Mittelschulen bzw. Hauptschulen praktiziert wird
- Wenn jemand glaubt, alles ist ungerecht, gerät er in einen Teufelskreis
- Rational gibt es keine Gerechtigkeit
- Ob jemand die AHS Reife erhält, hängt vom Elternhaus ab
- Es ist ärgerlich wenn von 12 Kindern pro Volksschullehrer/in gesprochen wird, wenn die Klassenschülerzahlen doch wesentlich höher sind
- Viele Orte wollen kleine Schulen erhalten. Diese Kosten sollten aber nicht aus dem Bildungs- sondern aus dem Strukturbudget bezahlt werden.
- Wien wird derzeit beim Finanzausgleich benachteiligt
- Die bauliche Situation der Schulen lässt oft gar keine Ganztagschule zu
- Situationsbericht einer Wiener Volksschullehrerin (25 Kinder, fast alle mit anderer Muttersprache als Deutsch, Schule in einem alten Gebäude, überbordende Bürokratie ...)

*Dr. Christine Krawarik*